



Mut zum Aufbruch - LINKE legt Konzept für moderne Verwaltung vor

Bodo Ramelow: „Acht Regionalkreise, Zweistufigkeit der Verwaltung, einräumiges Verwaltungshandeln“

„8, 2, 1, diese Zahlen müssen Sie sich merken“, sagte Bodo Ramelow auf der mit großem Interesse aufgenommenen Pressekonferenz am 18. November in Erfurt zur Vorstellung des Konzeptes der Landtagsfraktion der LINKEN für eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen.

„Acht Regionalkreise, die Zweistufigkeit der Verwaltung und einräumiges Verwaltungshandeln, das sind unsere Eckpunkte“, so der Fraktionschef, der für „Mut zum Aufbruch“ warb. „Denn für das Bundesland Thüringen, das so stark unter der demografischen Entwicklung und der Abwanderung leidet, ist der Verwaltungsumbau die zentrale Herausforderung der Landespolitik.“

Sonst gibt es Thüringen 2020 nicht mehr

Bodo Ramelow verwies auf die „harten Zahlen und Fakten“ und sagte, dass Thüringen eine Verwaltung habe, die auch für eine Million Einwohner mehr leistungsfähig sei. Und er spitzte rhetorisch zu: „Entweder wir siedeln die eine Million mehr an oder wir bauen die Verwaltung um.“ Ansonsten sei Thüringen bald nicht mehr handlungs- und finanzierungsfähig „und gibt es 2020 dieses Bundesland nicht mehr“.

DIE LINKE hat ein Konzept entwickelt, mit dem die schwerfällige, intransparente und demokratisch kaum steuerbare Verwaltungsstruktur modern und effizienter organisiert werden kann – auf die Bedürfnisse der Men-

schen zugeschnitten. Dabei sollen vor allem die Kommunen gestärkt werden, Bürgerservicebüros Anlaufpunkte für alle Angelegenheiten sein. Sie kümmern sich darum, dass die richtige Behörde die Vorgänge bearbeitet.

Volksentscheid zur Gebietsreform

Am Ende eines etwa zehnjährigen Umorganisationsprozesses, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, gäbe es eine äußerst leistungsfähige Kommunalverwaltung, stünden erhebliche Einspareffekte. „Wir wollen Thüringen die Chance geben, sich zum modernsten und innovativsten Land der Bundesrepublik zu entwickeln.“

Dabei sei mit ersten spürbaren Ergebnissen bereits nach vier Jahren zu rechnen, müsste es zunächst die Funktional-, dann die Verwaltungs- und schließlich die Gebietsreform geben, die nach den Vorstellungen der LINKEN mit einem Volksentscheid demokratisch legitimiert werden soll.

Der Fraktionschef kritisierte die in Thüringen gängige Praxis der Aufgabenübertragung des Landes an die kommunale Ebene. 80 Prozent der Landesaufgaben erledigten inzwischen die Kreisverwaltungen – „durch kein Parlament abgedeckt, wir nennen das ‚demokratiefreie Zonen‘“. Die dabei bisher zur Koordinierung agierenden immerhin 78 Mittelbehörden in Thüringen sollen abgeschafft und eine „konsequente Zweistufigkeit in der

Verwaltung“ geschaffen werden. Voraussetzung bei allem seien jedoch zunächst Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse unter der Fragestellung, was durch wen erledigt und finanziert wird. „Dann müssen die Aufgaben zusammengedacht und zusammengelegt werden“, so Ramelow. Mit Hinweis auf die derzeit von der Landesregierung getroffenen Sonderregelungen für die finanziell ins Trudeln gekommenen kreisfreien Städte, wie Suhl und Eisenach, brachte der Oppositionsführer sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass „momentan überall Geld fließt, nur, um Strukturen so zu lassen, wie sie sind“. Könnte die LINKE ihr Konzept für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen in Regierungsverantwortung umsetzen, dann seien „diese Regionalkreise handlungsfähig – egal, was in der Bundesrepublik passiert“.

Diskussion muss Fahrt aufnehmen

In der von der Linksfraktion unter dem Titel „Moderne Verwaltung“ vorgelegten Broschüre, die gegenwärtig in den Kreisen und Städten Thüringens verteilt wird, sind die Eckpunkte des Konzepts erläutert. Die dringend notwendige Diskussion muss jetzt weiter Fahrt aufnehmen! Die Broschüre kann auch im Internet eingesehen und heruntergeladen werden:

www.die-linke-thl.de/politik/publikationen/
A. Rudolph

AKTUELL

Ministerielles Aussitzen beschädigt Kulturlandschaft

Zur laufenden Debatte um den Erhalt der Thüringer Theater und Orchester erklärte die Kulturpolitikerin Dr. Birgit Klaubert: „Nach den Äußerungen des Nordhäuser Intendanten Lars Tietje macht sich nun Herr Montavon zum Sprachrohr einer verfehlten Politik.“ Denkt man seine Vorschläge weiter, „führt das zu einem Kulturkannibalismus, der schon einmal mit der Feststellung angedeutet wurde, dass den Letzten die Hunde beißen“. Wichtig wäre, dass Christoph Matschie endlich Vorschläge auf den Tisch legt, wie die Finanzierung der Theaterlandschaft aussehen kann. „Der Minister kann sich nicht länger in irgendwelchen Arbeitskreisen

verstecken, deren einzige Aufgabe es ist, Entscheidungen weiter hinaus zu zögern“. Die LINKE Abgeordnete erneuerte ihre Forderung nach einem Finanzierungsmodell zwischen Land und Kommunen. „Die Ideen für einen Kulturförderausgleich sind doch lange auf dem Tisch! In einem Kulturfördergesetz könnten diese gesetzlich fixiert werden. Warum wird nicht überlegt, die Verwaltungs- und Marketingbereiche der einzelnen Häuser auszugliedern und in einem Landesbetrieb zu bündeln? Die Wege in Thüringen sind verhältnismäßig kurz! Die für die Identifikation der Menschen mit den Spielstätten wichtigen künstlerischen Bereiche blieben dabei vor Ort, die organisatorischen Aufgaben würden ihnen

abgenommen! Und besonders wichtig dabei ist: Die Produktions- und Spielstätten könnten weiterhin eine feste Säule im regionalen Kulturangebot bleiben und ihren Bildungs- und Kulturauftrag erfüllen.“ Um organisatorisch effizientere Strukturen zu erreichen, schlägt Birgit Klaubert vor, zur Vorbereitung der Spielpläne eine Spielplankonferenz einzurichten, die die Stärken der Häuser berücksichtigt, aufwändige Produktionen gemeinsam organisiert und auch Abstimmungen untereinander zulässt. Bindet man dabei die Musikhochschule und gegebenenfalls Schauspielschulen ein, wäre das „ein einzigartiger Ausweg aus der Traurigkeit und Einfallslosigkeit derzeitiger Verteilungskämpfe“.

KOMMENTIERT:

von Manfred Hellmann

Ehrliche (Kita-)Politik

Wie die finanziellen Auswirkungen des Kita-Gesetzes bei den Kommunen tatsächlich ankommen, dazu habe ich im letzten Plenum aus der Warte des Bürgermeisters von Viernau (Kreis Schmalkalden-Meiningen) gesprochen und Minister Matschie an seine Landtagsrede vom April erinnert, wo er sagte, dass das Land die zusätzlichen Kosten des neuen Kita-Gesetzes vollständig übernimmt und sie nicht auf die Kommunen oder Eltern abgewälzt werden.

Wir werden in Viernau in diesem Jahr um 100.000 Euro höhere Personalkosten haben durch die Neueinstellung von Kindergärtnerinnen. An unserer Kommune bleibt eine Differenz von 45.000 Euro hängen. Als es um die Neueinstellungen ging, hatte ich auf den Minister verwiesen und war auch ein bisschen zuversichtlich, dass es nicht ganz so dick kommt. Die Reaktion meiner Gemeinderäte: Wir werden also betrogen und belogen. Fatal ist, mein Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von rund 1,7 Millionen Euro weist noch eine Lücke von 138.000 Euro aus, obwohl wir schon die Grund- und Gewerbesteuer und sogar die Hundesteuer erhöht haben. Auf meine Veranlassung hin nicht erhöht haben wir – bis jetzt – die Kindertagesstättengebühren.

Wir sind seit mehr als zehn Jahren eine kinderfreundliche Kommune, haben dazu Auszeichnungen bekommen. Unsere Kita-Beiträge sind extrem niedrig, das gebe ich zu. Wir verlangen von unseren Eltern ganztags 45 Euro. Wir haben das vor allem getan, weil wir uns schon lange mit der Problematik der Bevölkerungsentwicklung befasst und unseren Eltern immer gesagt haben, ihr könnt euch auf die Gemeinde verlassen. Wir haben versucht, Zuversicht, Sicherheit zu verbreiten, weil das eigentlich der Schlüssel dazu ist, dass sich junge Menschen vielleicht doch dazu durchringen, Kinder großzuziehen. Was wir heute tun, ist eine kontraproduktive Politik. Jeder Zweifler wird ein weiteres Mal überlegen, ob er Kinder großzieht.

Die Kita-Gebühren müssen gesondert ausgewiesen werden, dann gibt es wieder eine Chance für eine Diskussion. Es ist schon viel politisches Porzellan zerschlagen worden. Es geht um die Glaubwürdigkeit, um die Ehrlichkeit und Redlichkeit und vor allem um die Sinnhaftigkeit von Politik.